

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Die Situation von Asbestgeschädigten in Bremen und Bremerhaven verbessern**

Asbest gilt seit vielen Jahren als gefährlicher Baustoff, der sogar schon durch einen kurzzeitigen Kontakt Krebs verursachen kann. Trotzdem wurde er bis Anfang der Neunzigerjahre als Baustoff verwandt. In den damaligen großen Werften Bremens wie der „AG Weser“ oder dem „Vulkan“ wurden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dem Gefahrstoff häufig ungeschützt ausgesetzt und Arbeitsschutzbestimmungen nicht ausreichend beachtet. Viele der damaligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leiden heute unter Asbestose oder Lungenkrebs. Mehr als ein Viertel der ehemaligen „Vulkanesen“ klagt über einen schlechten bis sehr schlechten Gesundheitszustand. In der Regel zeigen sich die Folgen des regelmäßigen Kontakts mit Asbest manchmal erst nach 30 bis 50 Jahren. Der Höhepunkt der asbestbedingten Krankheiten ist nach Auffassung von Wissenschaftlern erst 2017 zu erwarten.

Viele Betroffene kämpfen bei der Berufsgenossenschaft jahrelang um die Anerkennung ihrer Erkrankungen als Berufskrankheit und damit um medizinische Leistungen zur Rehabilitation und den Anspruch auf eine Verletztenrente. Über sie werden häufig sich widersprechende Gutachten erstellt, die letztendlich nicht zu dem Nachweis führen, dass eine entschädigungspflichtige Berufskrankheit vorliegt. Für die Betroffenen ist es schwierig, wirklich neutrale Gutachterinnen bzw. Gutachter zu finden, weil viele Fachärztinnen und Fachärzte auch für die Berufsgenossenschaften arbeiten. Hinzu kommt die schwierige Beweislast: Unterlagen über die Asbestbelastung am Arbeitsplatz einer vor vielen Jahren ausgeführten Tätigkeit liegen häufig nicht mehr vor, teils auch deshalb, weil die Unternehmen nicht mehr existieren. Die Betroffenen müssen aber den Nachweis erbringen, dass die Erkrankung durch die berufliche Tätigkeit verursacht wurde. Ein sicherer Nachweis der Ursache ist aber häufig weder medizinisch noch methodisch, noch durch das Vorhandensein betrieblicher Unterlagen zu erbringen.

Wir fragen daher den Senat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat über Erkrankungen von Menschen in Bremen, die infolge von Asbestkontakten entstanden sind oder sein können?
2. Bei wie vielen Menschen in Bremen und Bremerhaven besteht der Verdacht, von gesundheitlichen Schäden im Zusammenhang mit einer Asbestexposition betroffen zu sein? Wie viele Menschen haben einen Antrag auf Anerkennung einer Berufskrankheit gestellt? Wie viele dieser Ansprüche wurden anerkannt und wie viele abgelehnt? Welche Kenntnisse hat der Senat über die Ablehnungsgründe?
3. Welche Beratungsangebote existieren für diese Menschen bereits in Bremen und Bremerhaven, und hält der Senat diese Angebote für ausreichend?
4. Welche Kenntnisse hat der Senat über Bestrebungen einzelner Krankenkassen, eine dauerhafte und regelmäßige Beratung von Betroffenen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten vorzusehen?
5. Welche Kenntnisse hat der Senat über die Anzahl der Erstattungsstreitigkeiten von Krankenkassen, die sie wegen einer asbestbedingten Erkrankung von Bre-

merinnen und Bremern gegen Berufsgenossenschaften geführt haben? In wie vielen Fällen waren die Verfahren erfolgreich?

6. Welche Maßnahmen wird der Senat ergreifen, um die Situation der Asbestgeschädigten zu verbessern?
7. Welche Maßnahmen müssen nach Auffassung des Senats auf Bundesebene ergriffen werden, um Asbestgeschädigten besser zu helfen?
8. Welche Maßnahmen und welche rechtlichen Änderungen hält der Senat für geeignet, um die Ursachen einer Asbesterkrankung besser aufzuklären und die Entschädigungspraxis zugunsten der Betroffenen zu verbessern? Welchen Nachbesserungsbedarf sieht der Senat in der Begutachtungspraxis?
9. Welche Maßnahmen und welche rechtlichen Änderungen hält der Senat für geeignet, um für die Betroffenen die Möglichkeit des Nachweises der besonderen beruflichen Belastung und die berufsbedingte Auslösung einer Berufskrankheit zu erleichtern?

Silvia Schön, Horst Frehe, Doris Hoch,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Helga Ziegert, Winfried Brumma,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD